

Seit dem G20 in Hamburg auf der Seite der Linken

Solidaritätserklärung
eines Protestanten



Ephorus Dr. Alexander B. Ernst, Kirchliche
Hochschule Wuppertal/Bethel

Wenn auch ich mich jetzt an der Diskussion dieses Kongresses beteilige, dann nicht etwa, weil ich ein Linksaktivist wäre, einer antifaschistischen Gruppe angehörte oder sonst wie politisch aktiv wäre. Ich spreche hier als evangelischer Theologe, als Dozent für Biblisches Hebräisch und Rektoratsmitglied der Kirchlichen Hochschule Wuppertal/Bethel und als Vater meiner von staatlicher Repression betroffenen Kinder. Seit 1983 war ich nicht mehr auf der Straße, um gegen Rüstung, Gewalt und Ungerechtigkeit zu demonstrieren, seit den Großdemonstrationen gegen den Nato-Doppelbeschluss zur Aufrüstung in Deutschland auf der Bonner Hofgartenwiese.

Bis ich Bilder sah, die mich entsetzten und bis heute nicht loslassen: bunt gekleidete Demonstranten in Hamburg, Männer und Frauen, viele Jugendliche und ganze Familien, die von gepanzerten und verummten, schwer bewaffneten Polizisten einfach niedergemacht werden, junge Menschen, die geschlagen und mit dem Vorwurf schweren Landfriedensbruchs inhaftiert werden, weil sie sich den Wirtschaftsinteressen der reichen Industrienationen in den Weg stellen, weil sie Gerechtigkeit und Solidarität vermissen, Ausländerinnen und Ausländer, die über drei Monate und bis heute ohne rechtskräftiges Urteil festgehalten werden, weil sie integriert waren in unsere Jugend, die gegen die Scheinheiligkeit eines Staates rebelliert, der sich als Garant von Frieden, Gerechtigkeit und Ökologie gibt, aber mit den Verbrechern der Welt kooperiert und die Wirtschaftsinteressen der Industrie bedient, Menschen, die mit Schlagstöcken verletzt werden, als sie prügelnde Polizisten filmen, Jugendliche, die in der Gefangenessammelstelle in Hamburg erniedrigt werden.

Bis ich hörte, dass Journalisten schon erteilte Akkreditierungen mitten auf dem Gipfel entzogen wurden, als sie kritisch berichteten, und dass Jugendliche auf dem Weg zum G 20 schon auf der Autobahn festgehalten und von Polizisten drangsaliert wurden.

Bis ich beobachtete, wie alle Gewalt auf dem Gipfel mit den Bildern der Krawallmacher der Nacht des 7. Juli in der Schanze den Linken in die Schuhe geschoben wurde, und ich sah, wie die Medien dieser Deutung einfallslos folgten und die zu Sündenböcken erklärten, die ihnen immer schon unbequem waren, indem sie die zu den schwarzen Blöcken zählten, die bunt für Gerechtigkeit einstanden, die Polizei aber für weiß erklärten, und ich jetzt höre, wie Richter in den Jargon verfallen, den ich mit der Nazidiktatur verbinde, und wie sich seit Wochen Politiker der großen Parteien in der Forderung immer drakonischerer Strafen überbieten – um uns das zu nehmen, was wir uns in unserer Jugend nicht haben nehmen lassen: *die Freiheit, Nein zu sagen und dieses Nein mitten in unseren Städten zu demonstrieren.*

Was ist aus der gegenwartskritischen Dimension unserer abendländischen christlichen Tradition geworden? Aus der lebendigen Sozialkritik der biblischen Propheten? Aus dem Ruf Jesu nach Gerechtigkeit? Haben wir vergessen, dass es gerade die von den Herrschenden Denunzierten und Verfolgten waren, die uns die Augen für die Wahrheit öffneten? Dass die Propheten von den Beamten wegen Ihrer Kritik ausgewiesen und getötet wurden, Jesus von den Römern ans Kreuz geschlagen und Dietrich Bonhoeffer noch in den letzten Kriegswochen von den Deutschen hingerichtet wurde, weil er sich dem Rad des Nationalsozialismus in die Speichen warf? Wissen wir nicht, dass die Verbrechen der Nazidiktatur nicht aus dem Himmel gefallen sind, sondern durch das Handeln des deutschen Volkes und der Kirchen verschuldet wurden?

Unter dem Eindruck der Katastrophe haben Christen dies kurz nach dem Krieg im sog. Darmstädter Wort noch so deutlich ausgesprochen, wie meine Kirche das nie zuvor und später nie wieder tat. Ich zitiere aus der 3. und 5. These des Darmstädter Wortes des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland „Zum politischen Weg unseres Volkes“ von 1947:

„Wir haben das Recht zur Revolution verneint, aber die Entwicklung zur absoluten Diktatur geduldet und gutgeheißen...
Wir sind in die Irre gegangen, als wir übersahen, dass der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den

Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen.

Wir haben es unterlassen, die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommendem Reich zur Sache der Christenheit zu machen.“

Das Darmstädter Wort hielt damals Christen vor, dass sie den Irrweg, der zur Katastrophe von 1933 führte, nach dem Krieg nahtlos fortsetzten, wenn Sie sich nicht politisch „im Diesseits“ für Gerechtigkeit engagierten, statt in apathischem Konservatismus dem Nationalismus und Faschismus den Raum zu geben, den er 1933 schon einmal fand.

Und wieder wird, als sähen wir es nicht, an allen Orten gegen die Linken polemisiert und wiederholt sich ein altes Schema. Wieder trifft die der Extremismusvorwurf und die Hetze der Republik, die sich gegen die Extreme religiös-konservativer und nationalistischer Provenienz stellen und gegen die Herrschenden protestieren. „Haben sie denn so mächtige Feinde“, dass sie so große Geschütze gegen die Linken auffahren? Sind Sie wirklich schon so weit nach rechts geschritten? Dürfen sie Freiheit sichern, indem sie sie denen rauben, die sie wahrnehmen? Wie schnell hat unsere Republik vergessen, was sie nie vergessen sollte! Dabei haben wir das Potential, in einer sich globalisierenden Welt Strukturen ökonomischer Gerechtigkeit zu schaffen, auch die Mittel – und unsere jungen Menschen, die sich genau darin mit denen anderer Länder zusammentun, noch nicht korrumpiert von Geld und Macht, voller Engagement.

Seit August dieses Jahres nehme ich jedenfalls wieder an Demonstrationen teil. Diesmal an der Seite der Linken. Vielleicht schon auf der Seite der Linken? Für das Recht der Demonstrationsfreiheit, die zum Wesen gelebter Demokratie in diesem Land gehört, zu seinen Grund-Gesetzen. Zu lange habe ich geschwiegen. Es geht auch mir um Solidarität, um Freiheit und Gerechtigkeit in der Welt, und um diesen Staat, der zum Polizeistaat wird, wenn wir nicht alle dagegen demonstrieren. **Seit dem G 20 in Hamburg stehe ich an der Seite der Linken**, und (damit kein Missverständnis aufkommt!) mit den Linken meine ich nicht die SPD, sondern die Linksaktivisten und Antifaschisten, gegen die in der Politik, in den Gerichten und auf der Straße eine unglaubliche Kampagne läuft. Jetzt stehe ich auf der Seite derer, die mit ihren Köpfen und Leibern für Solidarität und Gerechtigkeit in der Welt einstehen und sich – so bunt sie nur sein können! – den schwarzen Blöcken unseres Staates in den Weg stellen.